

Karl Ulrich Saß

Wissenschaftlich- Technologische Zusammenarbeit mit Afrika

Unsere Zeit ist maßgeblich von einem Trend zur Herausbildung moderner, sogenannter „Wissensgesellschaften“ gekennzeichnet.¹ Die klassische Industriegesellschaft, so die Kernaussage dieses Begriffes, neigt sich ihrem Ende entgegen. Wissen werde künftig den Platz als dominante Wirtschaftsressource einnehmen und auf diese Weise die Bedeutung der traditionellen Produktions-

Karl Ulrich Saß

M. A., Mag. rer. publ., geb. 1978; Politik- und Verwaltungswissenschaftler, Referent für Hochschulstrategie, Technische Universität Darmstadt, Karolinenplatz 5, 64289 Darmstadt. sass.ka@pww.tu-darmstadt.de

faktoren – Arbeit, Kapital und Boden – zurückdrängen. Wo aber Wissen zum zentralen Element des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstands wird, dort wächst auch die Bedeutung des Wissenschaftssystems als Ort, an dem gewonnenes Wissen konserviert sowie neues Wissen generiert und in die Gesellschaft transferiert wird. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Förderung wissenschaftlicher Infrastruktur nicht zu einer zentralen Aufgabe auch entwicklungspolitischer Bemühungen werden müsste, um den Entwicklungsländern das Tor zum 21. Jahrhundert zu öffnen.

Wissenschaftlicher Rückstand

Gerade in Afrika ist auf diesem Weg aber noch eine weite Strecke zurückzulegen, denn die dortigen Wissenschaftssysteme sind nach wie vor kaum international konkurrenzfähig. Die Gründe für Afrikas vergleichsweise schwache wissenschaftliche Infrastruktur sind dabei zu vielfältig und komplex, um sie hier erschöpfend zu erörtern. Ein unverkennbarer Aspekt ist jedoch das schwerwiegende Erbe der Kolo-

nialzeit. Der allgemeine Befund, die Dekolonisation sei ein „Fehlstart in die Unabhängigkeit mit schwerwiegenden Geburtsfehlern“ gewesen,² ist im Speziellen auf die afrikanische Wissenschaft übertragbar, stellten doch die Universitäten Afrikas in der Kolonialzeit weitgehend Ausbildungsstätten für die kolonialen Eliten dar. Als die Staaten Afrikas unabhängig wurden, war die Zahl einheimischer Universitätsabsolventen in den neu gegründeten Staaten daher nicht selten verschwindend gering. In den Folgejahren versuchten die afrikanischen Regierungen, dieses Manko durch intensive Bemühungen um den Ausbau ihrer Wissenschaftssysteme zu beseitigen. Insbesondere die Länder Subsahara-Afrikas erzielten hierbei – zumindest rein quantitativ betrachtet – erstaunliche Erfolge: Sie konnten den Bevölkerungsanteil, dem eine Universitätsausbildung zuteil wurde, zwischen 1965 und 1995 mehr als versechsfachen, während er sich im globalen Durchschnitt im selben Zeitraum „lediglich“ verdreifachte.³

Wie Maßnahmen aus jüngeren Jahren zeigen, erkennen zahlreiche afrikanische Staaten die Förderung ihrer Wissenschaftssysteme weiterhin als zentrale Herausforderung an. Äthiopien etwa will mit seinem umfangreichen „University Capacity Building Program“⁴ bis 2010 für den Neubau von 15 öffentlichen Universitäten sorgen. Flankiert werden diese Bemühungen von einem Gesetzgebungsprozess, welcher den Hochschulen größere Autonomie und Eigenverantwortung verleihen soll. Auch Mozambique hat im Rahmen seines „Strategischen Plans für Höhere Bildung in Mozambique 2000–2010“ die gesetzlichen Rahmenbedingungen im Hochschulsektor verbessert. Zudem sind in vielen Ländern, so etwa in Ghana, Bemühungen zur Qualitätssteigerung der Hochschulbildung erkennbar. Ghana, Uganda und Tansania gelang es überdies, einer größeren Zahl Frauen als bisher Zugang zu universitärer Bildung zu verschaffen und so eine häufig ver-

¹ Vgl. Nico Stehr, *Moderne Wissensgesellschaften*, in: APuZ, (2001) 36, S. 7–14.

² Franz Nuscheler, *Entwicklungspolitik*, Bonn 2004⁵, S. 212.

³ Vgl. Alexis-Michel Mugabushaka/Harald Schomburg/Ulrich Teichler, *Background and Aims of the Analysis of African Graduates' Employment and Work*, in: dies. (eds.), *Higher Education and Work in Africa*, Kassel 2007, S. 11–17, vor allem S. 11 f.

⁴ Siehe www.ucbp-ethiopia.com.

nachlässigte Gruppe zu stärken, die viel Potential in sich birgt.¹⁵

Diese schlaglichtartigen Beispiele verdeutlichen, welche vielfältigen Anstrengungen in Afrika im Gange sind, um die Voraussetzungen für Wissenschaft und Forschung nachhaltig zu verbessern. Im Ergebnis äußert sich dies unter anderem in einer deutlichen Zunahme der Anzahl afrikanischer Universitäten, begleitet von einer Diversifikation des Hochschulsektors, in welchem nunmehr vermehrt auch private Hochschulen sowie Fernuniversitäten anzutreffen sind. Letztlich konnte der Bevölkerungsanteil immatrikulierter Studierender in den vergangenen zwei Jahrzehnten so durchschnittlich um 8,7 Prozent jährlich gesteigert werden.¹⁶ Mit dieser Entwicklung gehen jedoch auch neue Probleme einher. Sie betreffen die Finanzierbarkeit der nationalen Wissenschaftssysteme. Häufig etwa verfügen die afrikanischen Staaten nicht über ausreichend Ressourcen, um die vielen jungen Leute, die an die Hochschulen streben, angemessen an ihren Universitäten unterzubringen, ohne dass darunter die Ausbildungsqualität leidet. Hinzu kommt, dass all diese enormen Anstrengungen kaum ausreichen, um den Rückstand zum Rest der Welt aufzuholen: Der Studierendenanteil in der entsprechenden Altersgruppe liegt mit 6 Prozent in Subsahara-Afrika weiterhin deutlich unter dem globalen Durchschnitt von 25 Prozent.¹⁷

Auch erlangen die Forschungsergebnisse afrikanischer Wissenschaftler selten internationale Anerkennung. Analysen von Publikationsdatenbanken zeigen, dass zwar durchaus Erfolge bei der Veröffentlichung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu verzeichnen sind, doch sind diese eher punktuell und konzentrieren sich auf verhältnismäßig wenige Länder. Zudem gelingt die Verwertung der entsprechenden Ergebnisse in Form von Pa-

zenten selten. Die Vernachlässigung ingenieurs- und naturwissenschaftlicher Fächer, niedrige Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie fehlende Kontakte zum Privatsektor sind wesentliche Gründe hierfür.¹⁸

Bedingte Attraktivität

Angesichts der mangelnden Leistungsfähigkeit afrikanischer Wissenschaftssysteme stellt die internationale Wissenschaftskooperation für Afrika eine wichtige Chance dar, Zugang zu aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen, Methoden und Technologien zu erhalten. Problematisch ist in diesem Zusammenhang aber die Tatsache, dass sich das Interesse internationaler Kooperationspartner häufig auf wissenschaftlich besonders leistungsfähige Nationen konzentriert, wie auch das Beispiel Deutschland deutlich zeigt. Die sogenannte „Internationalisierungsstrategie“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) etwa, verfolgt vorrangig das Ziel, „der deutschen Wissenschaft und Wirtschaft Kompetenzergebnisse und Innovationsvorsprünge zu verschaffen und diese nachhaltig zu sichern“.¹⁹ Die Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern, deren wissenschaftliche Leistungsfähigkeit vergleichsweise niedrig eingestuft wird, verspricht aus dieser Perspektive nur wenig Gewinn. Folgerichtig finden sich unter den bis Ende 2007 existierenden 43 Abkommen der Bundesrepublik Deutschland zur „Wissenschaftlich-Technologischen Zusammenarbeit“ (WTZ) lediglich zwei mit afrikanischen Ländern (Südafrika und Ägypten).¹⁰

Nichtsdestotrotz existieren diverse Kooperationsformen zwischen deutschen Wissenschaftsinstitutionen und afrikanischen Partnern. Hervorzuheben ist hierbei der Deutsche Akademische Austausch Dienst (DAAD). Er finanziert den wissenschaftlichen und studentischen Austausch zwischen Afrika und Deutschland, indem er vor allem Afrikanerinnen und Afrikanern einen Aufenthalt in Deutschland ermöglicht, aber auch umgekehrt. Insgesamt wurden in diesem Zusammenhang im Jahr 2008 gut 1000 deutsche sowie 3500 afrikanische Studie-

¹⁵ Vgl. David Bloom/David Canning/Kevin Chan, Higher Education and Economic Development in Africa, Harvard 2005, S. 13–15, in: http://site.resources.worldbank.org/EDUCATION/Resources/278200-109907987269/547664-1099079956815/HigherEd_Econ_Growth_Africa.pdf (31. 5. 2009).

¹⁶ Vgl. Weltbank, Accelerating Catch-up. Tertiary Education for Growth in Sub-Saharan Africa, Washington 2009, S. XXVI–XXVIII.

¹⁷ Vgl. UNESCO Institute for Statistics, Global Education Digest 2008, Montreal 2008, S. 114. Referenzjahr ist 2006. Nach einzelnen Ländern aufgeschlüsselte Daten finden sich ebd. S. 106–114.

¹⁸ Vgl. Inga Müller, Perspektiven für die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit Deutschlands mit Subsahara-Afrika, Bonn 2006, S. 11–27.

¹⁹ BMBF, Bundesbericht Forschung und Innovation 2008, Bonn–Berlin 2008, S. 413.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 467 f. (Übersicht).

rende und Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftler unterstützt. Letztlich ist Subsahara-Afrika aber auch im Portfolio des DAAD diejenige Weltregion, mit der – zumindest rein quantitativ betrachtet – am wenigsten Austauschbeziehungen bestehen. Überdies stellt der DAAD unter den wissenschaftlichen Institutionen gewissermaßen eine Ausnahme dar: Da das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unter seinen Geldgebern eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielt, besitzt er neben seinem wissenschaftlichen auch einen entwicklungspolitischen Auftrag.¹¹

Betrachtet man hingegen diejenigen deutschen Institutionen, deren Zielsetzung genuin wissenschaftspolitisch ist, so rückt Afrika zumeist in den Hintergrund. Die Aktivitäten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) etwa, die als national größte Förderorganisation ihr Hauptaugenmerk auf die Exzellenz der wissenschaftlichen Partner legt, sind in Afrika eher begrenzt und konzentrieren sich vornehmlich auf wenige, wissenschaftlich relativ leistungsfähige Partner wie Ägypten, Marokko und Südafrika. Die DFG steht damit stellvertretend für zahlreiche andere deutsche Wissenschaftsorganisationen, die verhältnismäßig selten mit afrikanischen Ländern kooperieren.¹²

Entwicklungspolitische Schwerpunktsetzung

Die Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit widmeten sich in Afrika bislang nur selten der Förderung von höherer Bildung und Forschung. Hingegen hatte man schon in kolonialer Zeit in Form von christlichen Schulen und Kolonialschulen ein großes Augenmerk auf die Vermittlung grundlegender schulischer Bildung gerichtet.¹³ Dieser Trend setzte sich in der postkolonialen Entwicklungszusammenarbeit fort: Sowohl internationale wie auch nationale Akteure konzentrierten ihre Aktivitäten bislang hauptsächlich auf die primäre Bildung. Die sekundäre, weiterführende Schulbildung sowie die tertiäre, universitäre Bildung galten indes als wenig relevant für

¹¹ Vgl. DAAD, Jahresbericht 2008, Bonn 2009, S. 35, 37, 189–195.

¹² Vgl. I. Müller (Anm. 8), S. 5–10.

¹³ Vgl. Rainer Tetzlaff/Cord Jakobeit, *Das nachkoloniale Afrika. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft*, Wiesbaden 2005, S. 54.

wirtschaftliche Entwicklung. Bis heute spielt grundlegende Schulbildung die zentrale Rolle im Bildungsteil des entwicklungspolitischen Maßnahmenkatalogs – nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem zweiten „Millenniums-Entwicklungsziel“ der UN, bis 2015 Grundschulausbildung für alle Kinder auf der Welt gewährleisten zu wollen.

Entwicklungspolitische Maßnahmen, die Wissenschaft und Forschung in Afrika zugute kommen, waren hingegen nur punktuell zu beobachten und wurzeln zumeist in anders gelagerten Schwerpunkten der Entwicklungszusammenarbeit. So wurden beispielsweise Agrarforschungszentren in zahlreichen afrikanischen Ländern von verschiedenen nationalen wie internationalen entwicklungspolitischen Akteuren unterstützt, weil man sich davon Fortschritte in der Bekämpfung des Hungers versprach. Ähnlich gelagerte Schwerpunkte existieren in den Umwelt- und Ingenieurwissenschaften (Bereitstellung von Wasser und Energie) sowie Lebenswissenschaften, Medizin und Pharmazie (Bekämpfung von HIV/AIDS und tropischen Krankheiten, Biodiversitätsforschung). Eine systematische und gezielte Förderung von Forschung oder tertiärer Bildung durch entwicklungspolitische Institutionen ist für Afrika hingegen (noch) nicht zu erkennen.

Wissenschaft für Entwicklung

Neuere Erkenntnisse vor allem der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung sorgen jedoch seit einigen Jahren dafür, dass die Förderung von Wissenschaft und Forschung in Entwicklungsländern zunehmend in einem anderen Licht betrachtet wird. So setzen sich seit den 1980er Jahren vermehrt wachstumstheoretische Erkenntnisse durch, welche die zuvor als sehr stark eingeschätzte Bedeutung primärer Bildung für wirtschaftliches Wachstum relativieren und stattdessen die Rolle der tertiären Bildung stärker akzentuieren. Eine effektive universitäre Bildung hat nach diesen Erkenntnissen vielfältige positive Effekte auf die ökonomische Entwicklung einer Gesellschaft. So führt ein höherer Bildungsgrad in der Regel zu höheren Löhnen und damit höheren Sparquoten sowie zur Investitionsfähigkeit eines größeren Teils der Bevölkerung. Für die entsprechenden Staatshaushalte ist damit eine Erhöhung des Steuereinkommens verbunden.

Auch die nachhaltige und langfristige Verbesserung primärer und sekundärer Bildung wird von Wissenschaftlern als wichtiger Effekt einer intensiveren tertiären Bildung betrachtet. Denn nur dort, wo genügend Universitäten existieren, um Lehrer auszubilden und wo das Einkommen der entsprechend ausgebildeten Eltern ausreicht, um ihren Kindern wiederum eine ausreichende Schulbildung zuteil werden zu lassen, ist ein langfristiger gesellschaftlicher und ökonomischer Ertrag zu erwarten.¹⁴

Daher sollte neben die weiterhin unverzichtbare Förderung der Grundbildung künftig ein zusätzliches Augenmerk auf die sekundäre und tertiäre Bildung gerichtet werden, um nachhaltige, stabile und wissenschaftlich fundierte Bildungssysteme zu etablieren. Beispiele verdeutlichen, welche positiven Wirkungen von qualitativ verbesserten und quantitativ ausgebauten Wissenschaftssystemen auf die afrikanischen Staaten ausgehen könnten. So sind etwa die Straßenbaukosten in Subsahara-Afrika genauso hoch wie in den westlichen Industriestaaten, weil nicht nur entsprechende Materialien importiert werden müssen, sondern auch das Heranziehen externer Expertise notwendig ist. In Entwicklungsländern, welche über ausreichend ausgebildete Fachkräfte verfügen, belaufen sich die Baukosten hingegen auf ein Drittel.¹⁵ Die Ausbildung von Ingenieuren könnte somit die Kosten von Infrastrukturmaßnahmen in Afrika deutlich vermindern. Doch nicht nur rein technisches Know-how kann zu positiver Entwicklung beitragen, wie ein weiteres Beispiel zeigt: In Kamerun erforschen Sprachwissenschaftler die dort existierenden 279 Sprachen. Die so gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Konzeption didaktischer Hilfsmittel ein, welche jungen Menschen das Erlernen der beiden Amtssprachen Englisch und Französisch vom Standpunkt ihrer jeweiligen traditionellen Sprache erleichtern und auf diesem Weg ihre effektive Teilnahme am ökonomischen und gesellschaftlichen Leben des Landes ermöglichen soll.¹⁶

¹⁴ Vgl. BMZ (Hrsg.), Wissenschaftsförderung, Hochschulkooperation und Migrationspolitik in der Entwicklungszusammenarbeit: Neue Herausforderungen und Schwerpunkte. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim BMZ, Bonn 2001, insb. S. 8 f.
¹⁵ Vgl. D. Bloom/D. Canning/K. Chan (Anm. 5), S. 9.
¹⁶ Vgl. Gratién G. Altindogbé, *Science and Development in Action in Cameroon: a Linguistic Per-*

Die Auffassung, dass die Förderung von Wissenschaft und Forschung in Entwicklungsländern größere entwicklungspolitische Relevanz hat, als bisher angenommen, wurde seit Ende der 1990er Jahre gezielt unter den Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit verbreitet. Maßgeblich verantwortlich hierfür war zunächst die Weltbank. Sie gab dem von ihr veröffentlichten Weltentwicklungsbericht 1998/99 den Untertitel „Wissen für Entwicklung“ und unterstrich dabei auch die Notwendigkeit, tertiäre Bildung zu fördern. Als positives Beispiel aus Afrika wurde die Gründung der African Virtual University im Jahr 1995 genannt, die von ihrem Hauptquartier im kenianischen Nairobi aus 27 afrikanische Länder über digitale Medien mit universitärer Bildung- und Weiterbildung versorgt.¹⁷ Während sich der Weltentwicklungsbericht jedoch noch ganz allgemein mit Bildung beschäftigte, nahm sich ein weiterer von der Weltbank erarbeiteter Bericht im Jahr 2000 explizit dem Thema der tertiären Bildung in Entwicklungsländern an.¹⁸ Eine erst kürzlich veröffentlichte Schrift der Weltbank behandelt dieses Thema nun auch speziell mit einem Blick auf die Verhältnisse in Afrika.¹⁹ Im deutschen Zusammenhang widmete sich der wissenschaftliche Beirat des BMZ im Jahr 2001 der Frage, welche Rolle die Förderung von Wissenschaft und Forschung im entwicklungspolitischen Kontext spielt bzw. spielen sollte.²⁰

Die Aussagen der genannten Dokumente fielen vor allem in der entwicklungspolitischen Community, aber auch im wissenschaftspolitischen Bereich auf fruchtbaren Boden. So wurden nicht nur die Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit um Wissenschaft und Forschung intensiviert, sondern auch neue Kooperationsformen unter einem verstärkten Engagement wissenschaft-

spective, in: Alexander von Humboldt-Stiftung (Hrsg.), *Wissen schafft Entwicklung. Wissenschaftsförderung als Instrument der Entwicklungspolitik*, Bonn 2008, S. 39 f.

¹⁷ Vgl. Weltbank, *World Development Report 1998/99. Knowledge for Development*, Washington 1999, S. 55.

¹⁸ Vgl. dies., *Higher Education in Developing Countries. Peril and Promise*, Washington 2000.

¹⁹ Vgl. dies. (Anm. 6).

²⁰ Vgl. BMZ (Anm. 14).

licher bzw. wissenschaftspolitischer Akteure erprobt: Im Rahmen eines von BMZ und BMBF geförderten und vom DAAD umgesetzten Pilotprojekts wird seit 2007 ein internationales Master-Programm zum Wasser- und Ressourcenmanagement gefördert, dessen Fokus allerdings nicht auf Afrika, sondern auf Lateinamerika liegt. Im ebenfalls vom DAAD durchgeführten Förderwettbewerb „Hochschulexzellenz in der Entwicklungszusammenarbeit“ fiel überdies am 9. Juni dieses Jahres die Entscheidung, fünf deutsche Hochschulen bei der Verwirklichung ihrer entwicklungspolitischen Konzepte für zunächst fünf Jahre mit jeweils bis zu fünf Millionen Euro zu unterstützen. Zwar ist auch dieses Programm nicht explizit auf Afrika zugeschnitten, doch sind unter den Partnern der deutschen Hochschulen Institutionen in Äthiopien, Kenia, Mozambique, Südafrika und Tansania zu finden.¹²¹ Ferner gibt es Hinweise darauf, dass sich an der Schnittstelle von Wissenschafts- und Entwicklungspolitik auch ein spezifisches Interesse für Afrika herausbildet: Das BMBF gab bereits 2005 beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) eine Studie in Auftrag, die das wissenschaftliche Kooperationspotential mit Subsahara-Afrika untersuchen sollte und stellte dabei die entwicklungspolitische Komponente der Wissenschaftlich-Technologischen Zusammenarbeit mit Afrika ungewöhnlich deutlich in den Vordergrund.¹²²

Gemeinsame Mission von Wissenschafts- und Entwicklungspolitik

Im Rahmen der Verwirklichung neuer Kooperationsformen wissenschafts- und entwicklungspolitischer Akteure zur Förderung der Wissenschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern sind zwischenzeitlich auch von offizieller Seite Voraussetzungen geschaffen worden: BMZ und BMBF wollen – gemäß einer im Januar 2008 von den Staatssekretären der Ministerien unterzeichneten Vereinbarung – Wissenschaftlich-Technologische Zusammenarbeit und Entwicklungszusammenarbeit künftig „stärker aufeinander ab-

¹²¹ Vgl. DAAD, Pressemitteilung „Exzellenz für Entwicklung“, 9. 6. 2009, in: www.daad.de (27. 6. 2009). Die geförderten deutschen Hochschulen sind: TU Braunschweig, U Hohenheim, U Kassel, FH Köln, LMU München.

¹²² Vgl. I. Müller (Anm. 8), Vorwort.

stimmen und Wege zu einer engeren Zusammenarbeit identifizieren“. In der Vereinbarung stellten die beiden Ministerien weiter fest, „dass ihre Politikziele gemäß ihrer Zuständigkeit und Aufgabenstellung in Teilen übereinstimmen und dass sie bei ihren internationalen Tätigkeiten geographische und fachliche Berührungspunkte haben“.¹²³

Als Ausdruck ihrer intensivierten Kooperation treffen sich in jüngster Zeit vermehrt Akteure aus beiden Tätigkeitsfeldern, um über die Abstimmung entwicklungspolitischer und wissenschaftspolitischer Maßnahmen zu diskutieren – so beispielsweise im Mai 2006 anlässlich eines Workshops, in dessen Rahmen die erwähnte DIE-Studie zur wissenschaftlichen Kooperation mit Subsahara-Afrika vorgestellt wurde.¹²⁴ Im September desselben Jahres lud die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) – die zentrale Durchführungsorganisation der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – Akteure aus Wissenschaft und Entwicklungspolitik zu ihren Eschborner Fachtagen ein, um über die entwicklungspolitische Bedeutung von Wissen zu diskutieren.¹²⁵ Ein ähnliches Thema wurde, freilich mit einem stärkeren Blick auf wissenschaftliche Aspekte, im Zuge einer Fachtagung erörtert, die im April 2008 anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des Georg Forster-Stipendienprogramms für Wissenschaftler aus Entwicklungs- und Schwellenländern von der Alexander von Humboldt-Stiftung stattfand.¹²⁶

Auf diese Weise bildet sich zunehmend die Wahrnehmung einer zumindest in Teilen gemeinsamen Mission von Entwicklungs- und Wissenschaftlich-Technologischer Zusam-

¹²³ Die Vereinbarung zwischen dem BMZ und BMBF vom 10. 1. 2008 wurde dem Autor vom BMZ freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

¹²⁴ Vgl. Teilnehmerliste und Protokoll des BMBF-DIE Workshops „Wissenschaft und Forschung in Afrika – Neue Perspektiven für die Kooperation mit Deutschland“, Bonn 11. 5. 2006, in: [www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/ADMR-7BAD23?OpenDocument&nav=active:Veranstaltungen](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ADMR-7BAD23?OpenDocument&nav=active:Veranstaltungen) (1. 6. 2009).

¹²⁵ Vgl. GTZ, Wissen Macht Entwicklung. Erfahrungen teilen, Neues gestalten, Eschborn 2006, in: www.gtz.de/de/dokumente/de-EFTA-2006-Abschlussbroschuere.pdf (27. 6. 2009).

¹²⁶ Vgl. Alexander von Humboldt-Stiftung (Hrsg.), Wissen schafft Entwicklung. Wissenschaftsförderung als Instrument der Entwicklungspolitik, Bonn 2008.

menarbeit heraus. Während sich dabei entwicklungspolitische Organisationen von der Kooperation mit der Wissenschaft vor allem eine nachhaltige Verbesserung der Entwicklungschancen von Entwicklungs- und Schwellenländern versprechen, wollen wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Akteure über die Zusammenarbeit mit der Entwicklungspolitik zunehmend zur Lösung globaler Probleme beitragen. Entsprechend identifizierten BMZ und BMBF in der bereits zitierten Vereinbarung unter anderem die folgenden gemeinsamen Ziele:

- Unterstützung der Partnerländer beim Ausbau ihrer tertiären Bildungssysteme;
- Unterstützung der Partnerländer bei der Verbesserung der lokalen Umweltsituation sowie der Trinkwasser- und Sanitärversorgung;
- ein gemeinsamer Beitrag zur Bewältigung globaler Probleme, vor allem in den Bereichen Umweltschutz, Klimaschutz, Ressourcenbewirtschaftung, Ökosystemforschung, Gesundheit und Sicherheit.

Zukunftschance für Afrika

Schon auf den ersten Blick umreißt diese Aufstellung eine Vielzahl von Problemfeldern, welche den afrikanischen Kontinent in nicht unwesentlichem Maße betreffen. Afrika sollte daher im Fokus intensiverer Kooperationsformen von entwicklungs- und wissenschaftspolitischen bzw. wissenschaftlichen Akteuren stehen. An der Schnittstelle zwischen den beiden Politikfeldern bietet sich eine einmalige Gelegenheit, um Lösungsstrategien für eine wissenschaftliche, langfristige und nachhaltige Bewältigung spezifisch afrikanischer bzw. globaler Probleme in ihrer afrikanischen Ausprägung zu erarbeiten. Hunger und HIV/AIDS, Umwelt- und Ressourcenprobleme, Wasserversorgung sowie ganz allgemein der Aufbau einer technologisch hochwertigen Infrastruktur sind Aufgaben, deren Bewältigung einerseits wissenschaftlich erfolgen muss, andererseits aber auch entwicklungspolitische Belange berücksichtigen sollte. Afrika muss dabei ein wichtiger und eigenverantwortlicher Partner sein, um die langfristige Wirksamkeit entsprechender Maßnahmen zu gewährleisten und ihre

Fortführung zu sichern. Es ist in diesem Sinne eine zentrale Aufgabe sowohl der Entwicklungs- als auch der Wissenschaftspolitik, die afrikanischen Wissenschaftssysteme mit ausreichend Ressourcen zu versehen, um diesen gewaltigen Herausforderungen kompetent und vor Ort begegnen zu können.

An erster Stelle muss dabei eine inhaltliche Abstimmung zwischen den Politikfeldern erfolgen: Die Wissenschaft sollte sich im Rahmen der Kooperation mit Afrika auf jene Themengebiete konzentrieren, welche für die Lösung entwicklungspolitischer Probleme relevant sind. Wissenschaftspolitische Akteure müssen künftig stärker in die Pflicht genommen werden als bisher: Insbesondere ihre Fördergelder dürfen in diesem Zusammenhang nicht ausschließlich – wie das im deutschen Wissenschaftssystem, zum Beispiel im Rahmen der Exzellenzinitiative, häufig Brauch ist – nach reinen Exzellenzgesichtspunkten fließen. Vielmehr muss auch und gerade die Lösung global und regional bedeutender Problemstellungen eine herausragende Rolle spielen.

In dem Maße, in dem Entwicklungszusammenarbeit „als Teil globaler Struktur- und Friedenspolitik“ verstanden wird,¹²⁷ ist es ferner erforderlich, Problemstellungen jenseits von Wissenschaftspolitik und traditioneller Entwicklungspolitik systematisch zu berücksichtigen. So gilt es beispielsweise, Bürgerkrieg und Staatszerfall zu stoppen und für ausreichend Erwerbsmöglichkeiten in Afrika zu sorgen, um so den *brain drain*, also die Auswanderung der besten Köpfe aus den afrikanischen Ländern, zu vermeiden.¹²⁸ Wenn es dabei gelingt, den Koordinationserfordernissen zwischen den einzelnen Politikfeldern gerecht zu werden und entwicklungspolitische Zielsetzungen in den Strategien der Wissenschaftlich-Technologischen Zusammenarbeit (und darüber hinaus) zu verankern, könnte hierin eine große Zukunftschance für Afrika und seine Gesellschaften liegen.

¹²⁷ Guido Ashoff, Entwicklungspolitischer Kohärenzanspruch an andere Politiken, in: APuZ (2007) 48, S. 21

¹²⁸ Vgl. Rainer Tetzlaff, Rettung für Afrika? Deutsche Entwicklungspolitik zwischen Vision und Realität, in: Welttrends, 33 (Winter 2001/2002), S. 29–48, S. 36.